



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

# Untersuchen ja,

UsA zu BVT und Typhoon! Das sind Untersuchungsausschüsse (UsA) des österreichischen Parlaments über politische Einflüsse im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und zum Kauf von Kampfflugzeugen („Eurofighter Typhoon“).  
Eine wichtige Sache. Leider gibt es viele Lücken und Tücken.

**1** Bis 2014 waren Untersuchungsausschüsse oft für die Fische. Ja, nach Artikel 53 der Bundesverfassung konnte der Nationalrat solche immer schon einsetzen. Das mögliche Ergebnis in Abwandlung eines Sprichworts: „Guat is ned ganga, oba gschehn wird a nix!“

Abgeordnete sollten das Verhalten der Regierung überprüfen. Diese bestimmte mit ihrer Parlamentsmehrheit, ob es den Ausschuss gibt, was untersucht

wird und welche Auskunftspersonen geladen werden. Kontrolleur und Kontrollierter – sozusagen Bock und Gärtner oder Wolf und Geißlein – waren somit mehrheitlich Parteifreunde.

**2** Das führte zur Lächerlichkeit. Nach einem Ausschuss über die Bankenaufsicht gab es am Ende nur den mündlichen(!) Bericht des Vorsitzenden. So etwas hatte den Wert eines belanglosen Kaffeetratsches. Beim ersten Eurofighter-Aus-

schuss 2007 führten 48 Sitzungen mit 430 Stunden und 108 Zeugen sowie 6100 Protokollseiten zum technischen Hauptbericht. Ohne inhaltliche Schlussfolgerung. Die Folgen für die Politik waren exakt nullkommanull.

**3** Die Untersuchung über Vorgänge im Innenministerium und speziell bei den Hausdurchsuchungen im BVT läuft anders ab. Der Paragraph 33 der Geschäftsordnung des Natio-

nalrats wurde geändert, so dass bereits ein Viertel der Abgeordneten einen Ausschuss verlangen kann.

Das als Minderheitenrecht ist richtig und wichtig, weil die Opposition der Regierung naturgemäß genauer auf die Finger schaut als Regierungsparteien es tun. Niemand darf etwa von einem Abgeordneten der FPÖ erwarten, dass er mit fanatischem Ehrgeiz Fehler „seines“ Ministers Herbert Kickl herausfinden will.

**4** Ist nun alles gut? Nein. Aus politikwissenschaftlicher Sicht müsste die „Prinzipal-Agent-Theorie“ funktionieren. Das ist Fachchinesisch und bedeutet, dass der Nationalrat als Auftraggeber jeden Ausschussabgeordneten quasi als Agenten einsetzt. Der wiederum müsste einzig und allein die Erfüllung des Auftrags der Untersuchung wollen.

Ohne irgendwelche Parteiinteressen! Wer freilich behauptet, dass Parteipolitiker nicht auch parteipolitisch denken und handeln, der glaubt ans Christkind. Das ist so naiv wie die Vorstellung, einen Bierbrauer



Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).

Fotos: www.picturesdesk.com (3), EXPA/Michael Gruber

# aber wenn, dann richtig

oder Winzer Reden gegen Alkohol halten zu lassen.

**5** Was herauskommt, das merken wir beim BVT-Ausschuss: Wenn Hans-Jörg Jenewein (FPÖ) den FPÖ-Minister Kickl oder dessen Mitarbeiter befragt, würde er ihnen am liebsten Hölzchen für ein nettes Schaulaufen werfen. Nur Werner Amon (ÖVP) ist ein Sonderfall, weil er sowohl regierungsfreundlich als auch mit Kickl im Streit ist.

Darum hat Amon für den Koalitionsfrieden sicherheitshalber auf Fragen ganz verzichtet. Klarerweise schadet das erst recht der Wahrheitsfindung, was Kickl über die Hausdurchsuchung wusste und ob hier womöglich zweifelhafte Parteimotive seine Ministerarbeit beeinflussten.

Hinzu kommt, dass folgenlos bleibt, wenn irgendein Minister sich falsch angestellt hätte. Denn nur das Plenum – die Versammlung aller Abgeordneten – könnte ihn nach dem Ausschuss mittels Misstrauensantrag des Amtes entheben. Das ist nie vorgekommen und wird die jeweilige Regierungsmehrheit niemals machen.

**6** Stellen Kai Krainer (SPÖ), Stephanie Krisper (NEOS) oder Peter Pilz die Fragen, stehen sie ebenfalls unter Generalverdacht. Welcher Oppositionspolitiker würde neben der Aufklärung sich nicht zugleich freuen, wenn Kickl im Ausschuss schlecht aussieht?

All das bewirkt, dass Parteimenschen den Ausschuss für allgemeine Wortgefechte Opposition gegen Regierung und umgekehrt missbrauchen. Moralische Vorwürfe an alle Parteien helfen an dieser Stelle wenig. Es wird kein Abgeordneter aufhören, die Medienwirkung seiner Fragerei mitzudenken und sich entsprechend zu inszenieren.

Innenminister Kickl selbst regt sich in Interviews zum Ausschuss gerne darüber auf, dass ihm die Fernseh- und Zeitungsberichte nicht gefallen. In seinem „Parteisprech“ senden und schreiben lauter Linksjournalisten. Linksradikale in der „Krone“? Hallo, geht's noch? Zur Erinnerung: Es geht einfach darum, ob die Vorgänge in seinem Ministerium – früher in Händen der ÖVP – korrekt abgelaufen sind oder nicht.

**7** Was also tun, wenn Untersuchungsausschüsse eine Überparteilichkeit voraussetzen, die es nicht gibt? Will man keine Worthülsen von Parteisolddaten, müsste der so genannte Klubzwang – das Reden und Abstimmen nach Parteilinie – abgeschafft werden. Nur dann handeln Abgeordnete nach bestem Wissen und Gewissen. Dafür müssten unsere Volksvertreter als Person und nicht auf Parteilisten gewählt werden. Vor Weihnachten wird man ja noch träumen dürfen.

Innenminister Herbert Kickl (Mitte) sieht bei sich „kein Verschulden“ für die BVT-Affäre. Mit Peter Pilz von der Liste Jetzt (re.) geriet Kickl gleich mehrmals aneinander. ÖVP-Fraktionsführer Werner Amon (li.) nahm sich bei der Befragung Kickls zurück und überließ das Reden seiner Kollegin Gaby Schwarz.



Fotos: Geoffrey Lee

Zur Eurofighter-Affäre gibt es schon zum dritten Mal einen Untersuchungsausschuss.